„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten Stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kostet 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Zur Frage des deutschen Unterrichts.

In der letzten Courierausgabe sprachen wir ziemlich ausführlich über das Deutschtum in Canada und stellten unter anderem die Forderung nach deutschen Unterrichtskursen auf, welche in den deutschen Distrikten abgehalten werden sollten, um den Kindern deutschsprechender Eltern auch ihre Muttersprache in Wort und Schrift beizubringen. Das ist in der Tat ein Hauptproblem für alle, welche an ihrem deutschen Volkstum auch in fremdem Lande unentwegt festhalten.

Erst in den letzten Tagen hat in einem anderen deutschkanadischen Blatte ein Korrespondent den Satz geschrieben:

„Nur will ich noch sagen, daß das Gesetz, daß keine andere Sprache in der Schule gelehrt werden soll als englisch, eine ewige Schande ist für unsere Regierung hier in Saskatchewan, und je eher sie dieses schreiende Unrecht wieder gutmacht, umso eher kann sie darauf rechnen, wieder unsere volle Achtung zu erlangen. Es wäre wohl bald an der Zeit, in dieser Hinsicht Schritte zu tun. Aber wir schlafen ja."

Ohne Zweifel trifft die Hauptschuld an diesen Zuständen uns Deutsche selbst.

Seit dem Kriege ist mehr als genügend Zeit verflossen, um die lächerlichen Bedenken gewisser Fanatiker zum Schweigen zu bringen oder in den Hintergrund zurückzudrängen. Aber selbst wenn uns Opposition, selbst wenn uns Widerstand von dieser oder jener Seite entgegengesetzt werden sollte, dürften wir im Interesse unserer deutschen Muttersprache einen Vorstoß unternehmen. Hindernisse sind da, um überwunden zu werden. Wollen es gewisse Kreise auf einen Kampf ankommen lassen, so dürfen wir auch davor nicht zurückschrecken, wenn wir in den Augen der Welt nicht als Schlafmützen und Feiglinge gelten wollen. Die Muttersprache ist ein so heiliges und unantastbares Gut, beruht so stark auf dem Fundament des Naturrechtes, daß verantwortungsbewußte Eltern für die Erhaltung derselben auch die größten Opfer bringen müssen.

Doch wir sollten uns nicht auf die Regierung allein verlassen und nicht von ihr allein Entgegenkommen in dieser Sache erwarten. Wir sollten vielmehr selbst voranstehen und überall, wo es nur irgendmöglich ist, schon jetzt deutsche Unterrichtskurse einzurichten suchen. Oder wollen wir jene Kinder, welche jetzt heranreifen, ohne Kenntnis der deutschen Muttersprache aufwachsen lassen? Sollen wir zugeben, daß diese Kinder durch das reine Englischlernen ihren Eltern entfremdet werden, daß sie auf die gleiche Stufe herabgedrückt werden wie jene, welche nur die englische Sprache und sonst nichts können? Es ist doch eine bekannte Tatsache, daß ein Mensch, der nur eine Sprache kann, hinter jedem anderen zurücksteht, der zwei oder mehr Sprachen beherrscht. Können wir es vor unserem Gewissen verantworten, daß wir diesen Kindern die Erlernung der deutschen Sprache vorenthalten, weil die Regierung uns nicht die Wege dazu ebnet?

Hier gilt das Wort: Das eine tun und das andere nicht lassen! Auf der einen Seite müssen wir aufwachen und aufstehen und von der Regierung das Recht auf Unterricht in einer anderen Sprache als der englischen fordern, auf der anderen Seite haben wir die Pflicht, schon jetzt nach besten Kräften für deutsche Unterrichtskurse in den deutschen Siedlungen zu sorgen.

Houston Stewart Chamberlain gestorben.

In Bayreuth (Deutschland) ist Houston Stewart Chamberlain, der Gatte von Richard Wagners Tochter Eva, im 72. Lebensjahr gestorben.

Chamberlain wurde am 9. September 1855 in Portsmouth als dritter Sohn des Kapitäns und späteren Admirals W. C. Chamberlain geboren und ist ein Neffe des Feldmarschalls Sir Neville Chamberlain und des Generals Sir Crawford Chamberlain. Seine ersten Jahre verbrachte er in Versailles bei seiner dort lebenden Großmutter, später besuchte er eine englische Schule, verließ aber bereits im Jahre 1870 seine Heimat, wegen dauernder Erkrankungen auf die beabsichtigte militärische Laufbahn verzichtend.

Durch ausgedehnte Reisen in Begleitung eines Deutschen, des späteren Gymnasialprofessors Kuntze in Stralsund, fand er die ersten Beziehungen zu deutscher Kultur. 1878 heiratete er die Tochter eines preußischen Justizrates und im Jahre darauf begann er in Genf ein intensives naturwissenschaftliches Studium, wurde aber 1884 von einem schweren Nervenleiden befallen, das ihn bewog, die Studien aufzugeben. Er siedelte nach Dresden um, wo er kunsthistorische, musikalische und philosophische Studien betrieb und sich eingehend mit den Werken des kurz vorher verstorbenen Komponisten Richard Wagner beschäftigte.

Im Jahre 1888 erschien sein erster Aufsatz in deutscher Sprache, im nächsten Jahre siedelte Chamberlain nach Wien über, habilitierte sich an der dortigen Universität als Privatdozent der Philosophie, nahm seine naturwissenschaftlichen Arbeiten wieder auf, bis ein erneuter Anfall des alten Nervenleidens sie beendete, und er sich endgültig schriftstellerischer Betätigung zuwandte.

Ungeheueres Aufsehen erregte das an der Schwelle des 20. Jahrhunderts, im Jahre 1899, erschienene Buch Chamberlains „Grundlagen des XIX. Jahrhunderts", in dem er eine auf arisch-germanischem Rassenbewußtsein beruhende Weltanschauung vertrat. Es fand begeisterte Zustimmung wie auch erbitterte Ablehnung, jedenfalls aber unbedingte Beachtung. Man sah in Chamberlain, der die Forschungsergebnisse aller Wissenschaften zu verwerten wußte, einen Universalmenschen, wie man ihn in der Gegenwart nicht mehr anzutreffen geglaubt hatte, und einen Künstler und Dichter dazu; denn die Art der Darstellung, die ganze Fassung der Probleme war unverkennbar das Produkt einer künstlerisch gerichteten Phantasie.

Dabei schrieb dieser geborene Engländer, der früher wissenschaftliche Arbeiten in seiner Muttersprache und in französischer Sprache veröffentlicht hatte, einen deutschen Stil, der nur von wenigen Meistern wissenschaftlicher Prosa bisher erreicht wurde.

Dieser ungeheuere Erfolg, den Chamberlain mit den „Grundlagen" hatte, hat sich bei seinen späteren Büchern nicht in dem Maße wiederholt, obwohl natürlich alle Schriften dieses universellen Geistes ihren Widerhall fanden.

Einige Jahre später vor dem Ausbruch des Weltkrieges zog Chamberlain nach Bayreuth, nachdem er im Jahre 1908 eine zweite Ehe mit Richard Wagners Tochter Eva eingegangen war. Während des Krieges veröffentlichte er mehrere Schriften, in denen er die Politik Englands auf das schärfste kritisierte und Deutschland gegen die von der Northcliff-Presse ausgegangene Lügen- und Haß-Propaganda in Schutz nahm.

Seine Hauptwerke außer den „Grundlagen" waren: „Richard Wagner"; „H. von Stein und seine Weltanschauung"; „Kant"; „Goethe"; „Lebenswege meines Denkens" und „Parsifal Märchen."

Deutschland und Polen.

Eine Erklärung durch das halboffizielle Wolff Bureau, die allgemein als ein Pronunziamento des Auswärtigen Amts aufgefaßt wird, hat mehr als gewöhnliche Aufmerksamkeit hervorgerufen. Ein hoher Beamter des Auswärtigen Amtes ließ sich einem Vertreter des Wolff-Bureaus gegenüber dahin aus, Deutschland sei gezwungen, die kürzlichen „aufreizenden" Reden des polnischen Auslandsministers Zaleski als Aeußerungen aufzufassen, die dazu angetan seien, „den Frieden in Osteuropa zu gefährden."

Mit aller Entschiedenheit weist der Wortführer der Regierung die Anschuldigung Zaleskis zurück, daß Deutschland eine Propaganda-Offensive zur Wiedererlangung des östlichen Korridors eingeleitet und damit Artikel 10 der Ligasatzungen zuwider gehandelt habe.

„Es ist außergewöhnlich," heißt es in der Erklärung des Wolff-Bureaus weiter, „daß ein Mitglied des Völkerbundes ein anderes Mitglied öffentlich beschuldigt, die Ligasatzungen verletzt zu haben. Das diplomatische Vorgehen wäre gewesen, diese Anschuldigungen dem Völkerbundsrat zu unterbreiten. Es erscheint sehr wahrscheinlich, daß Zaleski Litauen vorschwebte, und jene Berichte, die da wissen wollen, Deutschland sei bereit, Polen behilflich zu sein, im Austausch für die Rückgabe des Korridors und Memels Litauen zu erlangen.

„Der Regierung sind keine derartigen Pläne bekannt, die es ohnehin allen Ernstes verwerfen muß, da sie nur dazu angetan wären, den Samen des Mißtrauens zwischen Deutschland und Litauen zu säen. Es ist auch möglich, daß Zaleski das Spiel gewisser französischer nationalen Politiker spielt."

Weltumschau

Deutschland.

Präsident von Hindenburg betraute Professor Julius Curtius, der Wirtschaftsminister in dem Marx-Kabinett war, mit der Bildung eines Ministeriums, das auf dasjenige von Kanzler Marx folgen soll, der nach seiner Niederlage im Reichstage vor einigen Wochen zurücktrat. Professor Curtius ist ein Mitglied der Volkspartei, von der auch Außenminister Stresemann ein hervorragendes Mitglied ist. Er wurde als einer der möglichen Kandidaten für das Amt des Kanzlers angesehen, obgleich man anfänglich der Ansicht war, daß es keine gute Politik sei, der verhältnismäßig kleinen Volkspartei sowohl das Amt des Kanzlers wie des Außenministers zu übertragen, das Dr. Stresemann wahrscheinlich beibehalten wird.

Die gesamte Presse ohne Unterschied der Parteirichtung äußert sich skeptisch der Aufgabe gegenüber, eine Bürgerblock-Regierung zu bilden, mit der Dr. Curtius vom Reichspräsidenten von Hindenburg betraut worden ist. In den politischen Kreisen wird das Schicksal der Mission abhängig gemacht von der Haltung des Zentrums. Der linke Flügel des Zentrums, als dessen Führer Dr. Joseph Wirth anzusehen ist, lehnt den Gedanken ab. „Warum," so fragt Dr. Wirth in einem Aufsatz in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Deutsche Republik", „gerade jetzt in dem sozialen Notstand unserer Tage der Vorstoß zur „bürgerlichen" Koalition? Warum jetzt gerade die Verzerrung der sozialen Spannungen in das Hoffnungslose? Ueberfieht man denn in gewissen bürgerlichen Kreisen die große Verbitterung bei den Sozialisten? Fühlt man nicht, daß Millionen schon beginnen, auch am neuen Staate wieder zu verzweifeln? Will man denn die Massen revolutionieren, um sie beim ersten Aufbäumen der politischen Leidenschaft wieder in die alte Abhängigkeit, unter neue Diktaturgewalt hinabzustoßen? Das ist jedenfalls eine deutliche Sprache; und solcher Deutlichkeit gegenüber vermag man in politischen Kreisen eine der Bürgerblock-Idee günstige Entscheidung des Vorstands der Zentrumspartei nicht zu erwarten. Die Sozialisten wollen gar nicht in die Regierung hinein, in keine, in der sie nicht den Ausschlag geben. Nachdem sie die „Stille Koalition" gesprengt, ihre Stellung als „stiller Kompagnon" der Regierung aufgegeben haben, haben sie sich wieder zur offenen Opposition entschlossen. Die Deutschnationalen aber drängen sich zur Regierung, und die Fühlungnahme zwischen ihnen und der Deutschen Volkspartei dauert an.

Der Diskont der Reichsbank ist von 6 auf 5% herabgesetzt worden. In Finanzkreisen wird diese Diskontherabsetzung als ein Schritt zur Rückkehr zu vorkriegszeitlichen Verhältnissen aufgefaßt. Daß nicht auch gleichzeitig der Zinsfuß auf Bankdarlehen, der sich immer noch auf 7 Prozent stellt, herabgesetzt wurde, hat erhebliche Enttäuschung bereitet. Dr. Schacht, der Präsident der Reichsbank, gab später bekannt, es werde gehofft, daß die Herabsetzung des Diskonts sich als ein Schlag gegen kurzfristige deutsche Anleihen im Ausland erweisen werde. Gar häufig hat Dr. Schacht vor dem waghalsigen Borgen der Deutschen im Ausland gewarnt. In einer offiziellen Erklärung der Reichsbank wird in dieser Beziehung gesagt: „Mehr als je muß auf die Notwendigkeit der Entwicklung der einheimischen Finanzinstitute und auf die Heranziehung einheimischen Kapitals hingewiesen werden."

Das Gericht in Offenburg, Baden, hat 17 Angeklagte wegen Hintergehung des Branntwein-Monopolgesetzes zu insgesamt 2,200,000 Mark Geldstrafen verurteilt. Außerdem wurden Gefängnisstrafen bis zu 9 Monaten verhängt. Nur einer der Angeklagten wurde freigesprochen. Der Hauptangeklagte, Brennereibesitzer Gustav Schmidt aus Reichen, wurde zu 9 Monaten Gefängnis und 611,000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Brennereibesitzer Löble aus Tiefenau erhielt 6 Monate Gefängnis und 882,000 Mark Geldstrafe, der Kaufmann Eberwein aus Bühl 6 Monate Gefängnis und 109,000 Mark Geldstrafe. Die weiteren Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 5 Monaten bis 1 Monat und Geldstrafen in Höhe von 277,000 bis 100 Mk. Unter ihnen befindet sich auch der frühere Bankdirektor Mendelsohn aus Magdeburg.

Die interalliierte Rheinland-Kommission hat die Vorführung eines Wandelbildes, das die Taten des berühmten Seekreuzers „Emden" im Weltkriege vorführt, im besetzten Gebiet verboten. (Es ist höchste Zeit, daß die Rheinlandbesatzung mit ihren deutschfeindlichen Schikanen verschwindet.)

Drei deutsche Ströme und ihre Zuflüsse fliegen 3 bis 4 Zoll die Stunde. Man fürchtet, daß Flutgewässer von zwei andern, der Elbe und Mulde, die Stadt Dessau erreichen, wo sich die Flugzeugfabrik von Junkers befindet. Rhein, Mosel und Lahn sind infolge von Tauwetter am meisten betroffen. Tau auf den Bergen gefährdet Niederschlesien. Viele Bauernhöfe in den Tälern vom Rhein, Mosel und Lahn sind bereits überschwemmt.

Frankreich.

Die royalistische Zeitung „L'Action Francaise" ist durch ein Dekret des Papstes Pius XI. auf den Index verbotener Bücher gesetzt worden. Es ist dies das erste Mal in der Geschichte der Kirche, daß eine Zeitung auf den Index gesetzt wurde. Wie das Dekret erklärt, geschah dies „wegen gewissen Artikeln, die in derselben geschrieben und veröffentlicht wurden — Artikel, die, wie jeder vernünftige Mann erkennen muß, gegen den Hl. Stuhl und den Papst selbst geschrieben wurden."

Die Schlußberichte über die Senatswahlen in Frankreich lassen einen leichten Ruck nach links erkennen, der indeß nicht stark genug ist, um die allgemeine politische Situation wesentlich zu ändern oder die Regierung Poincares irgendwie zu gefährden. Die eigentlichen Sieger in den Wahlen sind die Sozialisten, denen es gelang, den Gewinnigten acht Sitze zu entreißen. Zum ersten Mal in der Geschichte ist es den Kommunisten gelungen, in das Oberhaus einzudringen. Drei Mandate sind ihnen zugefallen. Im übrigen bleibt die Zusammensetzung des Senats unverändert, da 67 der alten Senatoren wiederwählt wurden. Der Erfolg Perets und die Niederlage de Selves berauben sowohl die Kammer wie auch den Senat ihrer Präsidenten, und beide Körperschaften haben deshalb Neuwahlen vorzunehmen. Peret hat seither der Kammer präsidiert, ist aber nunmehr in den Senat gewählt worden, während der seitherige Senatspräsident de Selves, der in seinem Departement zur Wiederwahl stand, unterlag.

Die französische Deputiertenkammer erwählte zum ersten Male in ihrer Geschichte einen Sozialisten als ihren Präsidenten; Ferdinand Bouisson, der Kandidat der äußersten Linken, siegte im dritten Wahlgange mit 284 gegen 186 Stimmen über den früheren Kriegsminister Maginot.

Die Botschafterkonferenz dürfte verschiedene Sitzungen benötigen, bevor sie eine Entscheidung über die deutschen Vorschläge bezüglich Vollendung der deutschen Entwaffnung gemäß dem Versailler Vertrag trifft. General von Pawels, der deutsche Vertreter, hatte eine Besprechung mit den Botschaftern.

Kriegsminister Painlevé beabsichtigt, in der beginnenden Tagung des Parlaments die französische Wehrreform zur Sprache zu bringen und auf ihre Erledigung zu dringen. Die Abgeordnetenkammer hat am 18. Dezember, kurz vor Antritt der Feiertagsferien, einen Antrag des radikalen Abgeordneten Senac, des Berichterstatters des Heeres-Ausschusses, angenommen, nach welchem bereits vom Mai 1927 an die Einziehung zum Heeresdienst im 21. Lebensjahr in die Wege geleitet werden soll, so daß im Jahre 1929 bereits die einjährige Dienstzeit und die Einberufung zum 21. Lebensjahr gleichzeitig durchgeführt sein würde. Der Kriegsminister erklärte damals, er wolle gegen den Antrag unter der Voraussetzung nicht opponieren, daß dieser lediglich einen Fingerzeig geben und der Regierung keinen bindenden Zwang auferlegen wolle. Die Entschließung wurde erst angenommen, nachdem auch von anderer Seite ihr nichtbindender Charakter bestätigt worden war.

Rußland.

Rußland hat jetzt sein Stillschweigen über seine Streitkräfte im Schwarzen Meer gebrochen und der Meerengen-Kommission des Völkerbundes Mitteilung über seine aktiven Flotten-Einheiten daselbst gemacht. Diese Auskunft wurde Washington als einem der Teilnehmer an der Lausanner Meerengen-Konferenz mit der Erklärung unterbreitet, daß Rußland es unterlassen habe, irgendwelche Einzelheiten über seine Reserve-Flottenstärke oder die Stärke seines Luftdienstes am Schwarzen Meere mitzuteilen. Die Unterzeichner des Uebereinkommens sind verpflichtet, Mitteilungen über ihre gesamte Kriegsstärke in der betreffenden Gegend zu unterbreiten. Die Sowjet-Denkschrift erklärt, daß Rußland einen Kreuzer, fünf Unterseeboote, vier Torpedoboote, drei Kanonenboote, neun Minenzerstörer und 14 Korvetten, Barkassen und andere Kriegsfahrzeuge im Schwarzen Meere habe. Des weiteren seien ein Schlachtschiff, ein Kreuzer, sechs Torpedoboote und vier Unterseeboote im Dienste, die nach dem Schwarzen Meere zurückkehren werden.

Die Sowjetregierung hat eine 36stündige Arbeitswoche für Büro- und Geistesarbeiter, sowie für Minenarbeiter eingerichtet. Für minderjährige Arbeiter von über 14 Jahren steht das neue Gesetz einen vierstündigen Arbeitstag vor. Kinder unter 14 Jahren dürfen nicht arbeiten. Weibliche Angestellte, die einem freudigen Ereignis entgegensehen, erhalten vor und nach der Geburt des Kindes je zwei Monate Urlaub bei voller Bezahlung. Frauen, die ihre Kinder nähren, erhalten während der Arbeitszeit Freistunden ohne Abzug an ihrem Lohne und werden nicht für gefährliche oder schwere Arbeit herangezogen. Die neuen Gesetze sehen gleichfalls für jeden Arbeiter einen Monat Ferien in jedem Jahre vor.

Den Behörden ist es gelungen, einen gewagten Plan, der von „bösen Elementen" unter den Arbeitern ausgeheckt wurde, zu vereiteln. Der Plan habe nichts geringeres beabsichtigt, als die Sowjet-Bergwerke, die Kraftzentrale und die ganze Maschinerie im Don-Kohlbecken in die Luft zu sprengen. Es soll auch geplant gewesen sein, die Arbeiter durch mächtige Ströme von Elektrizität durch die Teile des Maschinensystems, die sie beständig zu handhaben haben, mit einem Schlag zu töten.

Italien.

Das 5. Jahr des Bestehens des Faschismus wird der Eingliederung der Jugend Italiens in die „Schwarzhemden"-Reihen, Erziehung der Massen und einer intensiven Kampagne produktiver Arbeit gewidmet sein. Das ist das von Premier Mussolini in zwei langen Nachtsitzungen des großen Faschisten-Rates niedergelegte Programm. Mussolini hatte die seitherigen Errungenschaften und die bevorstehenden Probleme der Regierung in einer 3stündigen Rede, deren Inhalt geheim gehalten wird, dargelegt. Fortan wird das Land nur noch drei offizielle Feiertage haben: „Jugendtag", 23. März; der Jahrestag des ersten Faschisten-Arbeitertages, 21. April, und „Siegestag", 28. Oktober, der Jahrestag des Faschistenmarsches auf Rom. Die einzigen übrigen Festlichkeiten, die geduldet werden, heißt es in einer Ankündigung, sind jene, die der „Weihe der Werke, die auf dem Arbeitsfelde errungen wurden" gewidmet sind.

Vorkehrungen sind zwischen Deutschland und Italien zur Einrichtung von Flugrouten im Frühjahr zwischen den beiden Ländern vereinbart worden. Die erste Flugroute soll zwischen Berlin und Rom eingerichtet werden. An diese soll sich sofort ein weiterer Flugdienst zwischen München und Verona sowie Mailand anschließen. Die für diesen Flugdienst in Aussicht genommenen Aeroplane werden mit vier Motoren ausgerüstet, so daß sie in den Stand gesetzt werden, bis zu 16,000 Fuß aufzusteigen, um die Alpen- und Apenninenketten überfliegen zu können. Auch ist eine moderne Automobilstraße geplant, welche von Hamburg nach Basel und dann weiter nach Mailand und Genua führen soll.

Norwegen.

In seiner Thronrede bei Eröffnung des Storthing kündigte König Haakon neue Vorschläge auf strengere Bestrafung von Verbrechen an, welche Personen unter dem Einfluß von Getränken begehen. Er sagte auch, Heer und Flotte würden im Einklang mit dem allgemeinen Streben auf Ermäßigung von Auslagen umgebildet. In seiner Thronrede letztes Jahr empfahl der König eine Volksabstimmung über das Verbot von Spirituosen. In einer Abstimmung im Oktober drückte das Volk seine Ansicht aus und der Bericht einer Staatskommission schloß aus dem Ergebnis, daß die Norweger keine zu großen Beschränkungen beim mäßigen Genuß von Spirituosen wünschen. Ein Karten-System für den Ankauf von Spirituosen wurde empfohlen.

Jugoslawien.

Der südslawische Auslandminister Markowitsch stellte in Abrede, daß die Beziehungen zwischen den Staaten der kleinen Entente sich infolge des italienisch-rumänischen und des italienisch-albanischen Paktes gespannt gestaltet hätten. „Es ist leicht ersichtlich," sagte der Minister, „daß die Berichte in der ausländischen Presse über eine eingetretene Spannung zwischen den Ländern der kleinen Entente aus Anlaß des italienisch-rumänischen Freundschaftspaktes und des italienisch-albanischen Vertrags unwahr sind. Die kleine Entente steht so fest wie immer. Der italienisch-rumänische Vertrag wurde erst abgeschlossen, nachdem die beiden anderen Mitglieder der kleinen Entente davon Mitteilung erhalten und ihre Einwilligung gegeben hatten." Südslawiens Auslandminister fügte bei, der italienisch-albanische Pakt und die sich daraus entwickelte Lage im Balkan würden auf einer bevorstehenden Zusammenkunft von Vertretern der kleinen Entente besprochen werden. Es sei dieses die übliche jährliche Konferenz der Staatsmänner der kleinen Entente. Sie werde heuer in Südslawien stattfinden, doch seien soweit weder Ort noch Datum derselben genau bestimmt.

Litauen.

Eine Depesche aus Kowno berichtet, daß der militärische Befehlshaber von Kowno bereit sei, 30 litauische Arbeiterführer, denen, falls sie überführt werden, standrechtliche Erschießung bevorsteht, vor ein Kriegsgericht zu stellen. Die Depesche meldet weiter, daß die litauische Regierung ein Konzentrationslager eröffnet habe zur Unterbringung der vielen politischen Gefangenen, besonders Arbeiterführer. Der Kownoer Berichterstatter berichtet, daß sechs kommunistische Stadtverordnete verhaftet wurden, weil sie in einer kürzlichen Stadtverordnetensitzung gegen die Erschießung von vier Kommunisten Protest erhoben hatten. Die Militärbehörden vertreten die Auffassung, daß der Protest eine „Kampagne gegen den Staat" darstelle. Bis zur Prozessierung vor dem Kriegsgericht bleiben die Stadtverordneten in der Zitadelle interniert.

Portugal.

Das brennende Wasser des Flusses Guadiana in der südlichen portugiesischen Provinz Algarve, das unter Abergläubischen große Bestürzung und Anlaß zu allerlei Deutungen hervorgerufen hat, ist aufgeklärt worden. Ingenieure haben eine natürliche Gasquelle auf dem Boden des Flußbettes entdeckt.

China.

Eugene Chen, der kantonesische Außenminister, Verkehrsminister Sun Fo und Finanzminister Soong Tseven betätigen sich als Mitglieder des Verwaltungsrates für die britische Konzession in Hankau. Die britischen Banken und Geschäftsfirmen in Hankau warten die Ankunft des britischen Geschäftsträgers O'Malley von Peking ab, bevor sie den Betrieb wieder aufnehmen.

Frau Maurn, früher von New Jersey, die mit ihrem Kinde unter den Flüchtlingen war, berichtet, sie sei Augenzeuge des Niederreißens britischer Flaggen und des Aufhissens kantonesischer Nationalistenflaggen gewesen. Maueranschläge in englischer und chinesischer Sprache trugen die Aufschrift: „Tötet die Ausländer." Von einem der Flüchtigen wurden bilderreiche Maueranschläge aus Hankau mitgebracht. Da sieht man vor allem ein Bild der russischen Sowjet-Flagge mit Sichel und Hammer, daneben Bilder von Karl Marx, Sun Yat Sen, dem verstorbenen südchinesischen Nationalistenführer, und von Nikolaus Lenin, Organisator der russischen Sowjets. Schließlich eine Darstellung Rußlands, das dem jungen Feind die Freundschaftshand entgegenstreckt. Auf einem anderen Plakat steht ein dicker John Bull auf dem Nacken von zwei niedergestreckten Chinesen, und gleich darauf ein Bild derselben Chinesen, die aufwachen und John Bull halb umwerfen; zum Schluß dieselben Chinesen, die John Bull unterkriegen und mit Bajonetten sein Herz durchbohren. Diese Maueranschläge waren an einem britischen Kinotheater und an dem Munizipalgebäude angebracht gewesen.

Tschechischer General — Ein Abenteuer.

Der vor einigen Monaten abgesetzte Generalstabschef der tschechoslowakischen Armee, General Gajda, wurde auf Grund der militärischen Untersuchung der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen bezüglich seiner militärischen und politischen Tätigkeit seiner militärischen Charge für verlustig erklärt und ihm 25 Prozent der Pensionsgenüsse aberkannt. Gleichzeitig wurde Gajda vom Gericht aufgefordert, die ihm überlassene staatliche Wohnung sofort zu räumen.

Gajda wurde nicht nur zur Last gelegt, daß er Spionagedienste für Sowjetrußland leistete, indem er während seines Aufenthaltes auf der Pariser Kriegsschule Material an die Bolschewisten verkaufte. Man beschuldigt ihn auch, sich während des Angriffes der Bolschewisten auf Warschau um eine Stelle in der Sowjetarmee beworben zu haben. Diese Beschuldigungen sind auch Gegenstand eines privatrechtlichen Prozesses vor dem Prager Zivilgericht, der noch nicht beendet ist. Ferner wurde Gajda beschuldigt, Politik in die Armee getragen zu haben, indem er sich selbst politisch betätigte und in hervorragender Weise für die Faschisten arbeitete, als deren militärischer Führer er angesehen wurde. Die letzten Veröffentlichungen des Legionärorgans beschuldigen ihn, einen faschistischen Umsturz in der Tschechoslowakei geplant zu haben. Gegen Gajda, der sich während des Kampfes der tschechischen Auslandlegionen gegen die Zentralmächte vom einfachen österreichischen Soldaten zur höchsten Charge in der tschechoslowakischen Armee hinaufgearbeitet hat, wird weiter die Beschuldigung erhoben, unwahre Angaben über seine Vorbildung gemacht zu haben. Er war gelernter Drogist, gab aber an, Agrikulturingenieur gewesen zu sein. In der serbischen Armee soll er sich als Arzt ausgegeben haben usw. Außerdem wird ihm Bigamie vorgeworfen. Er soll bereits mit der Tochter eines Apothekers aus Skutari verheiratet gewesen sein und trotzdem in Sibirien eine Tochter Koltschaks, seine jetzige Frau, geheiratet haben. In Sibirien avancierte er rasch zum General und zeichnete sich wiederholt in den Kämpfen gegen die Bolschewisten aus. Nach der Rückkehr der tschechischen Legionäre aus Sibirien wurde er Divisionär in Kaschau, wo er sich bereits stark in extrem nationalistischem Sinne betätigte. Als er Generalstabschef geworden war, hielt ihn dies nicht ab, offen für die Faschisten Propaganda zu machen. Das führte im Juli vorigen Jahres zu einer zwangsweisen Pensionierung und jetzt zur Degradierung.

Sein letzter Wille war eine Gardinenpredigt.

Ein wohlhabender Bürger in der Nähe von Kopenhagen, Dänemark, hat sich in seiner letztwilligen Verfügung auf dem Sterbebette für die vielen Gardinenpredigten gerächt, die ihm bei Lebzeiten seine teuere Gattin gehalten hat. In seinem Testament schreibt er:

„In Anbetracht des Umstandes, meine teure Frau, daß die Schwächen in meinem Charakter dir jeden Samstag Gelegenheit zu einer Szene gaben, wodurch meine Sonntage vergiftet wurden, vermache ich dir eine lebenslängliche Rente von wöchentlich 125 Kronen. Diese Summe wird dir an jedem Montag ausgezahlt werden. Da ich weiß, welch unordentliche und verschwenderische Frau du bist, so bin ich fest überzeugt davon, daß von dieser Summe am Samstag auch nicht mehr ein Pfennig in deinem Besitz sein wird. Infolgedessen wirst du den Samstag und den Sonntag nicht gerade in einer sehr freudigen Stimmung verleben, und vielleicht wirst du dann einmal die vielen Sonntage bereuen, die du mir an deiner Seite vergiftet hast."

Ein vergeblicher Versuch.

Die Bankettreden und Toaste, die die Schattenseiten eines jeden Festes darstellen, haben sich in England zu einer Plage ausgebildet. Eine der Handelskammern der Provinz hat daher kurz entschlossen bei einem ihrer Festessen folgendes eingeführt: Vier Minuten nach Anfang einer jeden Rede sollte ein grünes Licht als Warnung aufblitzen und eine Minute später ein rotes, das den Redner anzeigte, daß die ihnen zugewiesenen fünf Minuten abgelaufen seien. Aber es läßt sich eher der rasende Straßenverkehr, der sich selbst in den belebtesten Zentren den roten und grünen Lichtsignalen unterwirft, eindämmen als die Redewut der Menschen. So blitzte das grüne Licht auf, und der Redner sprach weiter; so blinkte das rote Zeichen, und der Redner ließ sich nicht stören. Die Blinkzeichen des Präsidenten wuchsen sich zu einem Raketenfeuerwerk aus; rot und grün flimmerte es den Gästen vor den Augen, aber der Redner redete weiter, bis der Präsident die Hand erschöpft sinken ließ und seine vergeblichen Versuche einstellte. Das Lichtsignal ist in die Rumpelkammer gewandert, und die munteren Reden, die jede Festfreude begleiten, plätschern ungehindert über die Häupter der Zuhörer hinweg.

— Freud und Leid sind reiche Leute, ziehen immer aus und ein; doch will dieses immer länger, jenes kürzer bei uns sein.

Kaufman State Bank
Chicago, Ill.
124—126 N. La Salle Street,
Eine Bank für jeden denkenden Einwanderer.
In Schiffskarten- und Geldsendungsangelegenheiten stehen wir mit Auskunft gerne zur Verfügung.
Wir sind stets Käufer für deutsche, österreichische, ungarische, polnische und russische etc. Wertpapiere und erwarten Ihre Offerte.

Für ein appetitliches Frühstück
Quick Quaker
Steht Ihnen bei in den Stunden wenn Sie die wichtigste Arbeit verrichten. Kocht in drei Minuten — das ist schneller als Toast backen.
Nur in versiegelten Kartons